

**Von:** Dieter Baur [<mailto:Degerloch.Baur@t-online.de>]

**Gesendet:** Dienstag, 2. Februar 2016 14:37

**An:** [Annemarie.Raab@gr-z.de](mailto:Annemarie.Raab@gr-z.de)

**Betreff:** Fragen an Kandidatinnen zur LTW BW 2016

Sehr geehrte Frau Raab,

Ihre 13 Fragen an die Kandidatinnen beantworte ich als Kandidatin der ÖDP im WK Stuttgart IV wie folgt:

zu 1.): Meines Erachtens ist die Anzahl der Kinder (wie auch in Schulklassen) in den einzelnen Gruppen zu hoch und sollte reduziert werden. Die Forderung nach einem Bundeskindertagesqualitätsgesetz finde ich begrüßenswert, damit im gesamten Bundesgebiet die gleichen Qualitätsstandards gegeben sind.

zu 2.): Da ich für eine entsprechende Ausstattung aller Schularten hinsichtlich räumlicher und personeller Art bin, gilt dies selbstverständlich auch für Ganztagschulen. Ich befürworte die Schaffung entsprechender Planstellen für die angespochene Personengruppe und die Finanzierung durch das Land. Ich würde mich hierfür einsetzen, wenn die Eltern an der Entscheidung ob ein solcher Antrag gestellt wird eingebunden werden. Eine Antragsstellung nur aufgrund der Entscheidung der jeweiligen Schule lehne ich ab (Stichwort: Bürgerbeteiligung)

zu 3.): zunächst muss die Besoldung der Sonder- bzw. Förderschullehrer für Nachwuchskräfte durch eine Verbesserung der Besoldung attraktiver gemacht werden. Ein Oberstudienrat am Gymnasium der Deutsch und Sport unterrichtet hat es wahrscheinlich leichter als ein Förderschullehrer ist aber in Besoldungsgruppe A 14. Als kurzfristig umsetzbare Massnahme wäre anzudenken, dass interessierte Lehrer eine Weiterbildung erfahren damit der Zeitraum bis zur Aufstockung durch Nachwuchslehrer überbrückt wird. Mit dieser Massnahme könnte auch kurzfristig das Verständnis der Lehrkräfte für die Bedürfnisse der Kinder mit Handicap erhöht werden.

zu 4.) Ja

zu 5.) Wie bereits zu Frage 1 erwähnt, ist ein Klassenteiler von 28 bzw. 30 SchülerInnen eindeutig zu hoch und sollte aus meiner Sicht auf 22 bzw. 24 reduziert werden

zu 6.) Ich erachte dies auch für Berufsschulen als unerlässlich. Anmerkung: Aus meiner Sicht wurde in der Vergangenheit die gymnasiale Bildung gegenüber der praktischen Bildung (Handwerk) überbetont. Eine Gesellschaft braucht nicht nur Akademiker, sondern benötigt auch gut ausgebildete Handwerker

zu 7.) Wer die geforderten Voraussetzungen vorweisen kann, sollte auch einen entsprechenden Schulplatz erhalten. Eine konkrete Lösung kann ich ehrlicherweise hier nicht angeben, da mir die Problematik bisher noch nicht bewußt war und ich mich erst verstärkt damit befassen muss

zu 8.): Ich würde im Falle meiner Wahl nicht nur auf die Einhaltung der Schulbaurichtlinien, sondern aller im Lande Baden-Württemberg geltenden Gesetze und Verordnungen achten. Inwieweit die stimmliche Belastung der Lehrerschaft auf bauliche Mängel zurückzuführen ist weiß ich nicht, eventuell (ich war auch mal Schülerin) ist auch das lärmverursachende Verhalten einiger SchülerInnen an diese Misere schuld

zu 9.) Ohne das Modell der Waldorfschule hervorheben zu wollen (keines meiner Kinder hat diese Schule besucht) ist jedoch positiv zu vermerken, dass dort sehr viele praktische Schulungen gibt. Es kann nicht sein, dass ein Abiturient mit 18 oder 19 Jahren (ich zitiere aus einer Rundfunkreportage) nicht in der Lage ist eine Banküberweisung auszuführen

zu 10.) Aktuell aufgrund der Flüchtlingssituation dürfte weiterhin ein hoher Bedarf an diesen Lehrern bestehen, da oftmals der Kenntnisstand eines 10 jährigen Flüchtlingskindes mit dem eines gleichaltrigen deutschen Schülers nicht vergleichbar ist. Ich verweise zudem auf meine Antwort zu Ziffer 3

zu 11.) Ja . Einfach ausgedrückt wo A 11 oder A 12, 13 draufsteht muss A 11 oder A 12, 13 drin sein (ob alt oder jung)

zu 12.) der Satzteil ....bei einer Antragstellung..... erschließt sich mir nicht! Was für eine "Antragstellung" ist gemeint? Ihrer Forderung nach mehr und nicht weniger Gehalt, bzw. einer angemessenen Besoldung stimme ich voll zu

zu 13.) Hier stimme ich voll zu und möchte ergänzen, dass auch die Kündigung von Nachwuchslehrern zu den Sommerferien und ihre (vielleicht) Wiedereinstellung zum neuen Schuljahr unsozial und auch ökonomisch nicht nachvollziehbar ist (die Zeit der unverschuldeten "Arbeitslosigkeit" bezahlt über die Arbeitsagentur dann die Allgemeinheit). Hier sollte eine Regierung handeln, wie sie es als Opposition immer gefordert hat

Mit freundlichen Grüßen

Iris Baur  
Karl-Pfaff-Str. 33 B  
70597 Stuttgart

Tel.: 0711/76 5 33 20